



vertraulich

Landeshauptstadt Dresden
Geschäftsbereich Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Wohnen
GZ: GB 5.53

An alle
Fraktionen sowie Stadträtinnen/Stadträte
des Stadtrates der Landeshauptstadt Dresden

Datum: 13. JAN. 2016

Beschlusskontrolle zu V0327/15 (Sitzungsnummer: SR/013/2015)
Strategiepapier zur Suchtprävention in Dresden

Sehr geehrte Damen und Herren,

folgender Zwischenstand kann zu oben genanntem Beschluss gegeben werden:

1. „Der Stadtrat beschließt das Strategiepapier zur Suchtprävention in Dresden (Suchtprävention 2015 bis 2025).“
2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat zur Umsetzung des Strategiepapiers alle drei Jahre schriftlich Bericht zu erstatten sowie die Ziele und Maßnahmen des Strategiepapiers alle drei Jahre zu konkretisieren und dies dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben.
3. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, nach kommunalen verhältnispräventiven Möglichkeiten der Reduzierung von Alkohol- und Zigarettenkonsum und geeigneten Partnern dafür zu suchen und diese Möglichkeiten auszuschöpfen. Für Maßnahmen zur Verhältnisprävention, insbesondere die Reduzierung des Alkohol- und Zigarettenkonsums an Orten an denen sich Dresdner Kinder, Jugendliche und Familien aufhalten, wird die Oberbürgermeisterin beauftragt auf die entsprechenden kommunalen Partner zu zugehen, um entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Für verhältnispräventive Maßnahmen im Entscheidungsrahmen des Stadtrates werden einzelne Vorlagen durch die Verwaltung erarbeitet.

4. Die Maßnahmen für Suchtprävention auf Grundlage des Strategiepapiers sind innerhalb der den Geschäftsbereichen und Organisationseinheiten der Landeshauptstadt Dresden im Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Mittel umzusetzen.“

Zu Beschlusspunkt 3:

Bezogen auf verhältnispräventive Maßnahmen gab es ein Vorgespräch mit den Dresdner Verkehrsbetrieben (DVB) AG. Ziel ist das ohnehin bestehende Verbot von Alkoholkonsum in

öffentlichen Verkehrsmitteln im Jahr 2016 zu kommunizieren und umzusetzen. Dazu findet am 26. Januar 2016 ein gemeinsamer Termin unter Einbeziehung des Presseamtes statt.

Dass die Umsetzung der Maßnahmen gelingt, sieht man z. B. in der Stadt Hamburg. Hier ist das Alkoholkonsumverbot an Haltestellen und in den Verkehrsmitteln nicht nur zu 90 % bekannt, sondern auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Einwohner wurde erhöht. Hierzu wurden uns durch die Stadt Hamburg die Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Zur Reduzierung der Alkohol- und Tabakwerbung in Dresden wird es im Jahr 2016 beginnend zunächst verwaltungsinterne Gespräche zu den finanziellen und rechtlichen (Verträge) Rahmenbedingungen geben. Im ersten deutschen Präventionsgesetz (PrävG vom 17. Juli 2015) sind ebenfalls die Ziele der Reduktion des Alkohol- und Tabakkonsums benannt. Es handelt sich hier um nationale Gesundheitsziele.

Der Dresdner Arbeitskreis Suchtprävention wirkt darauf hin, dass verhältnispräventive Maßnahmen auch auf Länderebene umgesetzt werden.

Zu Beschlusspunkt 4:

Das Strategiepapier wurde in alle Organisationseinheiten innerhalb und außerhalb der Verwaltung verteilt, die an deren Umsetzung beteiligt sind.

Insbesondere zur Umsetzung an Schulen gibt es momentan externe finanzielle Unterstützung durch Lions- und Rotaryclub. Die Umsetzung des „safer nightlife“ Angebotes für die Partyszene (S. 18 des Strategiepapieres) begann im November über Fördermittel des Landes zur Suchthilfe. Hier konnten mehrere Personen befristet eingestellt werden (Diakonie).

Die Ämter sind aufgefordert, in ihren Haushaltsplanungen das Strategiepapier zu berücksichtigen. Die Mehrheit der Maßnahmen aber hat keine finanziellen Auswirkungen, da es eher um die Überprüfung von Abläufen und die Arbeit an Haltungen geht.

Zur Umsetzung von Ziel I des Strategiepapieres, „Dresdner Einwohner und Einwohnerinnen sind für einen risikoarmen Gebrauch psychotroper Substanzen sensibilisiert“, wird im Jahr 2016 gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten das Themenjahr Sucht in der Stadt mit vielen Partnern durchgeführt.

nächste Beschlusskontrolle: 24. Juli 2018

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann
Beigeordnete für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Wohnen

Kenntnisnahme:

Dirk Hilbert
Oberbürgermeister